

# Calmer Wochenblatt

Nr. 240

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile M. 10.—  
 Restlichen M. 30.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.

Samstag, den 14. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn M. 815.— vierteljährlich, Postbezugspreis M. 816.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Havas veröffentlicht eine offizielle Erklärung der französischen Regierung zur Reparationsfrage im Zusammenhang mit der Markkalamität. Der von englischer Seite gemachte Vorschlag, Deutschland auf 5 Jahre von jeder Zahlung zu entbinden, wird verworfen und der Auffassung Ausdruck gegeben, daß Frankreich in eine Herabsetzung der deutschen Schuld nur bei einem Ausgleich mit den alliierten Schulden einwilligen könne, mit anderen Worten, Frankreich will seine Kriegsschulden an England und Amerika auf diese Weise los werden. Es soll deshalb das Ergebnis der Brüsseler Konferenz, auf der die Regelung der alliierten Schulden erfolgen soll, abgewartet werden.

Die Reparationskommission hat sich ebenfalls mit dem Marksturz beschäftigt, und die Notmaßnahmen der deutschen Regierung gutgeheißen. Allerdings fordert sie auch noch weitere Maßnahmen, über deren Charakter noch verhandelt werden soll.

Der Marksturz hat bekanntlich seine Hauptursache in den unerfüllbaren Bedingungen von Versailles, die jetzt zur Auswirkung kommen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der deutsche Innenminister Dr. Brücker in einem Vortrag auf den Reichstagsbruch von Versailles aufmerksam gemacht hat, der durch die glatte Verleugnung der Wilsonschen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen seitens der Alliierten begangen worden ist, indem man uns Zahlungsverpflichtungen auferlegt hat, die nach den vorhergehenden Vereinbarungen nicht zu leisten gewesen wären.

Die Griechen haben das Mudaniaabkommen angenommen.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat sich gegen die Bornahme der Wahl des Reichspräsidenten im jetzigen Augenblick internationaler Spannung ausgesprochen. Damit dürfte wohl die Verschiebung gesichert sein, denn die Koalitionsparteien haben ebenfalls kein Interesse an einem vermeidbaren Wahlkampf.

## Die Markkalamität.

### Weitere Pläne zur Stabilisierung der Mark.

Berlin, 14. Okt. Laut „Vorwärts“ beschäftigt sich das Reichskabinett gestern nachmittag mit der Beratung weiterer Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung der Mark führen sollen. Besprochen wurde unter anderem der Plan einer Währungsanleihe. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

### Beginn der Verhandlungen mit den Alliierten über die Ausgleichszahlungen.

Berlin, 14. Okt. Im Finanzministerium haben heute nachmittag die Ausgleichsverhandlungen mit den Vertretern der englischen, französischen und belgischen Regierung begonnen. Von deutscher Seite nahmen an den Beratungen Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Wiederaufbaues und des Wiederausgleichsamtes teil.

### Frankreich und der Marksturz.

#### Gegen ein Moratorium. — Für einen Ausgleich mit den alliierten Schulden.

Paris, 13. Okt. Die Havasagentur veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten fand heute vormittag eine Konferenz statt, um über die Haltung zu beraten, die die französische Regierung anlässlich des Marksturzes und seiner Folgen für die Reparationszahlungen einnehmen solle. An dieser Konferenz haben teilgenommen: die Delegierten in der Reparationskommission, Barthou und Mauclore, Finanzminister de Lasteyrie, der Minister für die besetzten Gebiete, Raibet, Ministerialdirektor Seydoux und der Direktor am Quai d'Orsay, Peretti de la Rocca. Der Vorschlag, den Sir John Bradbury der Reparationskommission übermittelt hat, bildet den Gegenstand einer eingehenden Prüfung. Der Teil des Vorschlags, der den Plan einer Finanzreform enthält, sieht tatsächlich umfangreiche Maßnahmen vor, deren Wirkung ganz besonders von dem guten Willen des Deutschen Reiches abhängt. Es handelt sich um ein Unternehmen auf lange Sicht, von dem man erst in Zukunft Ergebnisse erwarten kann. Der positive Vorschlag, der den Antrag begleitet und der ein Moratorium für Deutschland für alle seine Geldzahlungen vorsieht, erscheint schon

heute als unannehmbar für die französische Regierung, denn er greift der Zukunft und dem Gedeihen Deutschlands für einen so langen Zeitraum vor, ohne daß die Alliierten in dieser Beziehung irgend eine ernsthafte Grundlage der Beurteilung besitzen. Im allgemeinen hat sich die übrige Stellung der französischen Regierung seit der Londoner Konferenz im August d. J. nicht geändert. Wie erinnerlich, hatte damals die französische Delegation in Paris eine umfassende Regelung der Reparationsfrage vorbereitet und dabei eine Herabsetzung der deutschen Schuld mittels Ausgleichs mit den interalliierten Schulden vorgesehen. Die Balfour-Note, die von den Alliierten die Rückzahlung ihrer Kriegsschulden bei England verlangte, verhinderte Poincaré, seinen Plan vorzulegen. Aber man ist übereingekommen, daß später und zwar vor Jahresfrist eine Konferenz zusammenzutreten soll, um über die Reparationsfrage im umfassendsten Sinne des Wortes zu beraten. Die Erörterungen in London bezogen sich also ausschließlich auf das Moratoriumsgesuch Deutschlands und angesichts der Uneinigkeit der alliierten Regierungen wurde die zu treffende Entscheidung der Reparationskommission überlassen. Diese gewährte Deutschland die Möglichkeit, sich seiner herabgesetzten Zahlungsverpflichtung für 1922 durch aufgehobene Zahlungen in Form von Belgien zu übergebenden Wechseln und von der Reichsbank zu liefernden Garantien zu entledigen. Da die Reparationskommission nur eine vorläufige Entscheidung getroffen hat, die sich ausschließlich auf die Zahlungen für 1922 bezieht, und da sie sich über die von Deutschland zu fordernde Finanzreform nicht entschieden hat, steht die Kommission von neuem vor derselben Frage. Indessen wird es logisch erscheinen — und dieser Ansicht haben sich zweifellos auch die beteiligten französischen Kreise angeschlossen —, daß jede Entscheidung der Reparationskommission in dieser Beziehung aufgeschoben wird, bis die alliierten Regierungen die gesamte Reparationsfrage auf der Brüsseler Konferenz, die Ende November oder spätestens Anfangs Dezember zusammentreten soll, wenn nicht geregelt, so doch wenigstens geprüft haben.

### Fortsetzung der Deutschenhefte in der französischen Kammer.

Paris, 14. Okt. Die Kammer setzte gestern nachmittag die Interpellationsdebatte fort. An erster Stelle interpellierte der sozialistische Abgeordnete Canavelli über den Matrosenstreik. Nächster Redner war das Mitglied der Argo-Partei, Marcel Hubert, der über die Maßnahmen interpellierte, die die Regierung getroffen habe oder zu treffen gedente, um den Frieden aufrecht zu erhalten und eine gerechte Regelung der Forderungen an Deutschland sicherzustellen. Nach seiner Ansicht ist es Zeit, daß die Abgeordneten ein Arbeitsprogramm aufstellen und der Regierung für seine Durchführung eine Mehrheit zur Verfügung stellen. Der Frieden müsse sichergestellt werden. Meinungsverschiedenheiten beständen seiner Ansicht nach nur über die Mittel, die zum Ziele führen sollten. Deutschland werde von einem Nachgefühl beherrscht. Man müsse sich also wundern, daß es Franzosen gebe, die wegen einer Zwangsandrohung sich aufregten, die man gegen das in Bankrott befindliche Deutschland anzuwenden gedente. Zahlreiche Deutsche, die sich während des Krieges bereichert hätten, hätten ihr Vermögen nach dem Auslande gebracht. Aber Frankreich könne aus dem Friedensvertrag das Recht herleiten, die Privatvermögen in Deutschland zu beschlagnahmen.

Paris, 13. Okt. Ueber die Interpellationen über die allgemeine Politik, deren Besprechung die Kammer beschlossen hat, befindet sich, nach Havas, auch eine Interpellation Bonnat bezüglich der Sanktionen, die gegen den früheren deutschen Kaiser und die Kriegsverbrecher zu ergreifen sind.

### Die Reparationskommission und der Marksturz.

Paris, 13. Okt. Nach der Havas-Agentur fand heute nachmittag in der Reparationskommission eine offizielle Sitzung statt, in der die Prüfung der finanziellen Lage Deutschlands und der Maßnahmen, um einer neuen Krise vorzubeugen, fortgesetzt wurden. Das Dekret der deutschen Regierung, das den Verkehr mit ausländischen Devisen regelt, wurde von den Alliierten günstig aufgenommen, jedoch sei es notwendig, daß noch andere Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müßten. Es bestätigte sich, daß eine Entscheidung heute wahrscheinlich noch nicht getroffen werden könne.

### Ein neuer englischer Vorschlag zur Einräumung einer Zahlungsfrist für Deutschland.

Paris, 13. Okt. Der diplomatische Berichterstatter der Agence Havas erfährt aus vertrauenswürdiger Quelle ebenfalls, daß wegen einer deutschen Finanzreform der britische Bevollmächtigte in der Reparationskommission, Bradbury, die Alliierten ersuchen

werde, Deutschland zum 1. Januar 1923 auf 5 Jahre von jeder Zahlung zu entbinden. Der Havas-Vertreter bemerkt dazu, es scheine durchaus zweifelhaft, daß die französische Regierung den Vorschlag in dieser Form annehmen könne, einmal wegen der Frage des in Erwägung gezogenen Moratoriums und dann wegen der Unsicherheit der Wirksamkeit der geplanten deutschen Finanzreform.

### Englische Beschwerde gegen eine deutsche Aufenthaltsteuer für Ausländer.

Berlin, 14. Okt. Die Gebühren, die in verschiedenen deutschen Einzelstaaten den Ausländern für die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung auferlegt werden, haben laut „Germania“ zu Vorstellungen bei den deutschen Behörden seitens der englischen Regierung geführt. Das englische Auswärtige Amt sieht darin einen Verstoß gegen den Friedensvertrag. Die Beschwerde bildet zurzeit den Gegenstand von Beratungen der zuständigen Stellen in Berlin. — Darin sehen wir das „deutschfreundliche“ England, das nicht wünscht, daß wir den Ausverkauf durch das Ausland etwas zu unterbinden suchen.

### Keine weitere finanzielle Unterstützung der Alliierten durch Amerika.

Paris, 12. Okt. In einem Bericht der „Chicago Tribune“ aus Washington heißt es, es sei bekannt geworden, daß die Regierung es vermeide, weitere Anleihen an die Alliierten in Betracht zu ziehen. Heute verlautet überdies, daß auch der Anleihegewährung durch amerikanische private Finanzkreise entgegengearbeitet werden soll. Nach Ansicht der Ratgeber des Präsidenten Harding habe die politische Lage in Europa eine solche Schürfe erreicht, daß es Wahnsinn wäre, ihre Verlängerung zu ermöglichen, da es in der Macht der Ver. Staaten stehe, die Länder Europas durch Abschneiden der finanziellen Unterstützung an der weiteren Verfolgung ihrer Politik zu hindern. Andererseits würden die Ver. Staaten, falls die Schuldner-Nationen ihre Budgets durch Herabsetzungen ins Gleichgewicht brächten und ihre militärischen Aufwendungen beschränkten, in finanzieller Hinsicht nachgiebig werden. Das Weiße Haus teile mit, daß, wenn die Ver. Staaten später zur Teilnahme an irgend einer europäischen Wirtschaftskonferenz sich bereit finden sollten, im Voraus ausgemacht werden müsse, daß die Schulden nicht in Betracht gezogen werden. — Das ist nichts als eine „moralische“ Gebärde, gegebenenfalls würden die Amerikaner die Alliierten in einem neuen Krieg wieder unterstützen.

### Der deutsche Innenminister über die „Rechts“-grundlagen des Versailler Friedens.

Frankfurt a. M., 13. Okt. Im Klub für Handel, Industrie und Wissenschaft hielt heute Reichsminister Dr. Brücker einen Vortrag über das Thema „Unser Recht.“ Er wandte sich entschieden gegen die Meinung der meisten Deutschen, daß man von den Rechtsgrundlagen des Versailler Vertrags möglichst wenig sprechen solle. Eine solche Auffassung beruhe auf Unkenntnis der Vorgeschichte des Waffenstillstands und der Friedensverhandlungen. Daher komme es auch, daß man in Deutschland mit dem Wilson-Programm politisch so wenig anzufangen wisse. Das sei aber schon deshalb höchst bedauerlich, weil dieses amerikanische Programm gerade von der deutschen Regierung als Grundlage der Friedensverhandlungen gefordert und von den Alliierten anerkannt worden sei und weil diese Forderung damals eine geschickte und richtige Politik gewesen sei, die fortgesetzt werden müsse. Der Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Rechtsgrundlagen des Versailler Vertrags sei um so beklagenswerter, als im Ausland darum ein heftiger Kampf geführt worden sei und noch geführt werde, denn besonders in den angelsächsischen Ländern habe man nicht vergessen, daß für die Friedensbedingungen eine Rechtsgrundlage vereinbart worden sei. Im einzelnen wies der Minister auf das Zustandekommen des Vorvertrags zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern hin, schilderte die Einschränkung des Programms gerade in Bezug auf die Reparationsfrage und stellte fest, daß nach der Novembernote der ausbedungene Ersatz für alle Schäden, die der Zivilbevölkerung der Alliierten durch den deutschen Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft zugefügt worden seien, rechtskräftig Deutschlands einzige Reparationsverpflichtung sei. Die Artikel 231 und 232 des Friedensvertrags sollten vor allem dazu dienen, den Rechtsbruch in der Reparationsfrage zu verdecken. Bei ihnen handle es sich also weniger um die Feststellung einer mora-

Bad in die Heimat  
 Familien-Abend.  
 Schwarzer Spitzer  
 gegen Belohnung  
 Gustav Andreato,  
 Hirsau.  
 einen ein dunkel-  
 rker  
 mauzer.  
 kann vom recht-  
 Eigentümer gegen  
 der Kosten inner-  
 abgeholt werden  
 heiß Nothacker,  
 Hirsauberg.  
 burg.  
 tag  
 ne“ sein  
 anzchen  
 mit  
 führungen.  
 2 Uhr ab  
 rhaltung  
 H.  
 ertel. eingeladen.  
 Verein.  
 chen ist bestens  
 r „Krone“.  
 nntag  
 Simmozheim  
 anz-  
 rhaltung  
 rich Rugete.  
 bach.  
 Freunde und  
 montag, den  
 Feier  
 Oberhollbach  
 berkollbach  
 Würzbach.  
 urg.  
 er Einladung  
 in Calw.  
 mmonspeter  
 kalk,  
 eefamen,  
 e.  
 amstags.  
 Fernsprecher 96.  
 in Calw.  
 ist noch  
 Roggen  
 morgen Samstag  
 Geschäftsstelle.



raschen Schuld, als um die Feststellung der finanziellen Haftung, die aus der Verursachung der Schäden entspringe. Daraus ergebe sich, daß sich unser Rechtskampf mindestens ebenso gegen die falsche Grundlage dieser viel zu weitgehenden Haftbarkeit wie gegen die darin enthaltene Schuldanklage richten müsse. — Es scheint jetzt die Zeit gekommen, da auch die deutsche Regierung offiziell sich mit der Kriegsschuldfrage und dem Versailler Rechtsbruch befassen will, deshalb sind die Ausführungen Kösters, der der sozialdemokratischen Partei angehört, besonders bemerkenswert.

## Die Orientfrage.

### Annahme des Mudaniaabkommens durch Griechenland.

Athen, 14. Okt. Die Regierung hat das Abkommen von Mudania angenommen.

### Beratung der Entente über die Räumung Thraziens durch die Griechen.

Paris, 13. Okt. Nach einer Meldung aus London verlautet aus Konstantinopel, daß die alliierten Oberkommissare und Generale heute vormittag im englischen Hauptquartier zusammengetreten sind, um die Räumung Thraziens im einzelnen zu beraten. Man glaubt zu wissen, daß zur Kontrolle der griechischen Räumung 3 englische, 3 französische und 1 italienisches Bataillon nach Thrazien beordert werden.

### Die Tätigkeit Benizelos!

Paris, 13. Okt. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen ist General Daglis aus Paris zurückgekehrt, um dem revolutionären Komitee ein Exposé über die Aussichten Benizelos hinsichtlich der Lage zu bringen. — Es wird übrigens vom „Journal“ behauptet, Benizelos würde an der Friedenskonferenz teilnehmen, wo immer sie auch stattfinden.

### Die „menschlichen“ Alliierten.

Konstantinopel, 13. Okt. (Havas.) Die Oberkommissare der Alliierten haben dem Vertreter von Angora zur Übermittlung an den kemalistischen Minister für auswärtige Angelegenheiten eine Note übergeben, in der darauf hingewiesen wird, daß, gewissen Nachrichten zufolge, die aus Anatolien stammenden griechischen gefangenen Soldaten in besonderen Lagern konzentriert und als Hochverräter vor ein Kriegsgericht gestellt worden seien, weil sie als türkische Staatsangehörige gegen ihr Vaterland gekämpft hätten. Die Note drückt, gestützt auf humanitäre und andere Erwägungen, die Hoffnung aus, daß im Interesse einer Wiederveröhnung der in der Türkei lebenden Rassen die Begnadigung erfolge.

## Zur auswärtigen Lage.

### Der ukrainisch-polnische Nationalitätenkampf in Ostgalizien.

Wien, 11. Okt. Wie die Westukrainische Presseagentur aus Ostgalizien meldet, betätigen sich dort noch immer polnische Strafexpeditionen und der Kampf gegen die polnischen Besatzungstruppen geht weiter. So wurden mehrere polnische Güterhöfe und an zahlreichen Stellen die Getreidevorräte der Polen eingeeignet. In ganz Ostgalizien wurden neue Massenverhaftungen, hauptsächlich unter der ukrainischen Studentenschaft, vorgenommen.

### Litwinow über die französischen Annäherungsabsichten an Rußland.

Berlin, 14. Okt. Litwinow, der heute nach längerem Aufenthalt in Deutschland Berlin verläßt, um sich nach Moskau zurückzubewegen, erklärte einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ über die Mission Herriots in Rußland, Sowjetrußland erstrebe freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern. Was aber nicht bedeute, daß Rußland nicht aus eigenem Interesse das eine oder das andere Land bevorzugen werde. Es sei bereit, denjenigen zuerst die Hand zu reichen, die sie ihm freundschaftlich darbieten. Das sei auch der tiefere Sinn des Aufenthalts des französischen Delegierten Herriots in Moskau. Hinsichtlich der Beziehungen Rußlands zu Deutschland sagte Litwinow, Deutschland habe durch den Vertrag von Rapallo den Vorzug unter den großen Westländern, zuerst die normalen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik hergestellt zu haben. Das sei eine Haltung, die Rußland niemals in ihrem Werte verkennen werde.

### Die Angst der englischen Konservativen vor den Wahlen.

Birmingham, 13. Okt. Chamberlain betonte in einer Rede nachdrücklich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Koalition bei den bevorstehenden Wahlen angesichts der von der Arbeiterpartei drohenden Gefahr.

## Deutschland.

### Die deutsche Volkspartei für Hinausschiebung der Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 13. Okt. Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei setzt sich erneut für eine Verschiebung der Reichspräsidentenwahl ein. Es schlägt vor, die Frage der Präsidentenwahl durch den Reichstag gesetzlich regeln zu lassen, sobald sie gleichzeitig mit den nächsten Reichstagswahlen im Sommer 1924 erfolgt. Damit würden, wie es in dem Organ heißt, die Bedenken, die gegen ein weiteres Provisorium der Präsidentschaft Ebert sprechen, beseitigt. — Der „Kölnische Anzeiger“ erzählt, daß der völksparteiliche Abgeordnete Hugo Stinnes vor einigen Tagen in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten die Gründe geltend gemacht habe, die für eine Verschiebung der Wahl sprechen. Heute wird der völksparteiliche Parteivorstand endgültig

zur Frage der Präsidentenwahl und zwar sowohl über den Termin als auch über die Kandidatenfrage Beschluß fassen. (Nach neuesten Nachrichten hat sich der Parteivorstand ebenfalls für Verschiebung der Wahl ausgesprochen.) Nach einer weiteren Meldung des „Kölnischen Anzeigers“ sollen seitens der Deutschnationalen Volkspartei bereits Verhandlungen und Sondierungen darüber stattgefunden haben, ob eine Kandidatur Hindenburgs auch bei den anderen bürgerlichen Parteien in Frage komme. Das bedeutet, so schreibt das Blatt, daß die Deutschnationalen nur dann Hindenburg zu einer Kandidatur veranlassen würden, wenn er nicht als Kandidat der Deutschnationalen, also nicht als Parteikommissar in Frage käme.

Berlin, 13. Okt. Aus der Aussprache in der heutigen Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei ergab sich, laut „Zeit“, daß der Parteivorstand der Auffassung zustimmt, daß es nicht empfehlenswert erscheint, die Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember vorzunehmen. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß in der inneren Politik zur Zeit die Einheit nicht durch Wahlleidenschaften gefährdet werden dürfe und daß die ruhige Entwicklung auch mit Rücksicht auf außenpolitische Fragen nicht gefährdet werden darf. Die Deutsche Volkspartei wird ihre Bemühungen weiter darauf richten, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch einen Reichstagsbeschluß noch hinausgeschoben wird.

### Zum bevorstehenden Rücktritt des badischen Staatspräsidenten.

Karlsruhe, 13. Okt. Wie wir hören, hat in der heutigen Kabinettsitzung der stellvertretende Staatspräsident, Minister Trunt, dem Staatspräsidenten Dr. Hummel das Bedauern über sein Ausscheiden aus dem Kabinett ausgesprochen. Er hat dabei im Namen des Kabinetts den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die herzlichen persönlichen und politischen Beziehungen, die Dr. Hummel mit dem Kabinett bisher unterhalten hat, sich auch in Zukunft fortsetzen werden.

Karlsruhe, 13. Okt. Staatspräsident Dr. Hummel wird sich morgen nach Basel begeben, um bei einer Festveranstaltung des Deutschen Hilfsvereins die Festrede zu halten über das Thema: Das neue Deutschland und die Aufgaben der Auslandsdeutschen.

### Ein Brief der Mutter Nathenaus an die Mutter Tschows.

Berlin, 13. Okt. Am Schluß der heutigen Vormittagsitzung des Rathenau-Prozesses verlas Justizrat Hahn einen Brief der Frau Nathenau an die Mutter Tschows: „In namenlosem Schmerz reiche ich Ihnen, der ärmsten aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohn, daß ich ihm im Namen und Geiste des Ermordeten verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein volles offenes Geständnis ablegt und vor der göttlichen bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, so hätte er eher die Mordwaffe auf sich selbst gerichtet als auf ihn. Mögen diese Worte ihrer Seele Frieden geben. Mathilde Nathenau.“ Die Verlesung des Briefes wirkte auf Richterbank, Verteidigung und Publikum erschütternd. — Der ältere Tschow ist der Führer des Norderrauts.

### Notgeld muß von den staatlichen Kassen angenommen werden.

Berlin, 12. Okt. Der Reichsfinanzminister hat laut „Voss. Ztg.“ zur Milderung der Zahlungsmittelnot verfügt, daß die Regierungskassen und deren Sonderkassen auch das von den Städten und den größeren Banken ausgegebene Notgeld als vollgültiges Zahlungsmittel annehmen müssen.

### Rückvergütung der Kohlensteuer vom Hausbrand?

Berlin, 12. Okt. Einer Korrespondenz zufolge sind Preußen und die süddeutschen Staaten beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, für den Hausbrand die Kohlensteuer zurückzuerstatten. Die einzelnen Staaten denken, ihre Anregung im Reichsrat weiter zu verfolgen.

## Vermischtes.

### Schweres Autounglück.

Berlin, 14. Okt. Zwischen Bad Soden und Kronberg im Taunus stürzte an einer Kurve ein mit neun Personen besetztes Auto in einen Graben. Drei der aus Frankfurt am Main stammenden Insassen waren auf der Stelle tot, ein vierter wurde schwer verletzt.

### Zugentgleisung.

Wien, 11. Okt. Heute früh entgleiste auf dem Alzeier Bahnhof ein Personenzug auf der Strecke Alzey—Worms. Dabei wurde ein Wagen zertrümmert. 3 Personen, 2 Herren und eine Dame, wurden getötet, eine Frau und zwei Kinder schwer und 6 Personen leicht verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts festgestellt.

### Schneefall in Thüringen.

Berlin, 13. Okt. Aus Schmalkalden wird gebracht, daß gestern morgen der erste Schnee gefallen ist. Gleiche Meldungen kommen aus Kuhl, wo durch Kälte und Schneefall die Kartoffelernte in Gefahr geriet. In Broterode, sowie auf dem Inselberg waren gestern die Fenster gefroren. Die ganz Umgebung des Berges war mit Schnee bedeckt. Hafer und Grummet liegen noch draußen, ebenso die Kartoffeln.

### Polnische Wirtschaft

Berlin, 14. Okt. Aus der Nebenstelle der polnischen Darlehenskasse in Königshütte wurden angeblich von Einbrechern 40 Millionen deutsche Reichsmark und 150 Millionen polnische Mark gestohlen. Sämtliche Beamte der Nebenstelle wurden verhaftet, da der Verdacht besteht, daß der Einbruch finanziert ist.

## Todesurteil.

Hamburg, 11. Okt. Das hiesige Schwurgericht hat dem Heizer Barthowias und den Heilmagnetopathen Wilm wegen der Ermordung und Beraubung des Weinhändlers Magnus und seiner Tochter zum Tode verurteilt.

## Die schwarze Schmach.

Wiesbaden, 13. Okt. Das französische Kriegsgericht verurteilte den algerischen Schützen Anare Kenomi Ben Nesfar wegen des am 12. Juni 1922 verübten Mordes an der 19jährigen Frieda Gudes in Jöstein zum Tode.

## Die Ausschreitungen der belgischen Soldateska im besetzten Gebiet.

Berlin, 10. Okt. Bei der tödlichen Verletzung eines deutschen Zivilisten durch einen belgischen Soldaten in Oberkassel handelt es sich, nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ um Ausschreitungen betrunkener belgischer Marinesoldaten, die widerrechtlich in einen Saal eingedrungen waren, in dem ein Turnverein das Stiftungsfest feierte. Der alarmierten Militärwache gelang es, einen Täter zu verhaften. Ein weiterer Fall von Ausschreitungen eines betrunkenen belgischen Soldaten ereignete sich in der Nacht vom Sonntag auf Montag, ebenfalls in Oberkassel. Ein Artillerieobergeant zog auf der Straße seinen Säbel und wollte die vorübergehenden Personen erstechen. Einem deutschen Polizeibeamten gelang es, ihn zu entwaffnen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Oktober 1922.

### Erhöhung der Feuerungsätze bei der Gebäudebrandversicherung.

Der Verwaltungsrat der staatlichen Gebäudebrandversicherungsanstalt hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab die Höchstsätze der freiwilligen Feuerungsversicherung von 6300 Prozent bzw. 8800 Prozent auf nicht über 14 000 Pr. bei Hochbau und nicht über 19 000 Pr. bei hochwertigen Zubehörenden festgesetzt. Die Gesamtversicherungssumme (Friedensversicherungsanschlag zuzüglich 1100 Pr. Zuschlag und Feuerungsversicherung) kann damit für Hochbau bis auf das 125fache, für Zubehör bis auf das 202fache des Friedensversicherungsanschlags erhöht werden. Diejenigen Gebäudeeigentümer, die bis jetzt von der Möglichkeit der selbsttätigen Feuerungsversicherung Gebrauch gemacht haben, sind damit vom 1. Oktober 1922 ab zu den oben angegebenen Höchstsätzen gedeckt. Weitere Anträge auf selbsttätige Feuerungsversicherung sowie auf Feuerungsversicherung überhaupt sind von den Gebäudeeigentümern bei dem Ortsvorsteher oder dem hierzu bestellten Gemeindebeamten oder bei dem Verwaltungsrat der Gebäudebrandversicherungsanstalt urkundlich zu stellen. Hierbei ist zu beachten, daß die selbsttätige Feuerungsversicherung nur für die vollen Höchstsätze, nicht aber für Teilbeträge zur Anwendung kommen kann.

Neuenbürg, 13. Okt. Zur Ausführung des Reichsmietengesetzes wurden nach vorangegangener Ausschlußberatung vom Gemeinderat nach Anhörung der Vermieter- und Mieterorganisationen die nötigen Beschlüsse gefaßt. Es sind festgesetzt worden: als Abzug an der Friedensmiete 12 Pr., demnach beträgt die Grundmiete 88 Pr. der Friedensmiete. Zuschläge in Hundertteilen der Grundmiete: 1. Hypothekenzinserhöhung bestimmt sich nach der tatsächlichen Aufwandssteigerung. 2. Betriebskosten 95 Pr. einschließlich 25 Pr. Verwaltungskostenzuschlag; erhöht sich in besonderen Fällen um weitere 25 Pr. Wasserzins, Kaminreinigung, Abortentleerung und Müllabfuhr sowie die Wohnungsabgabe sind nicht inbegriffen. Bezüglich dieser hat das Umlageverfahren einzutreten. 3. Laufende Instandsetzungsarbeiten 250 Pr., bei Untermiete 15 Pr. mehr für jeden Untermieter. 4. Große Instandsetzungsarbeiten 250 Pr. 5. Räume, die zu gewerblichen Zwecken hergerichtet sind oder mit Zustimmung der Gemeindebehörde zu gewerblichen Zwecken verwendet werden, je nach Art und Bedeutung 50—300 Pr. Der Gemeinderat empfiehlt Mietern und Vermietern, in allen Fällen, in welchen sich eine Einigung der Parteien auf einen Mietzins erzielen läßt, der bei gewöhnlichen Verhältnissen nicht mehr als das 7fache des Friedensmietpreises beträgt, sich vertraglich zu einigen, um die Fälle der gesetzlichen Miete auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(S. B.) Von der badischen Grenze, 13. Okt. Am Montag abend wurde auf der Straße zwischen Riedheim und Effzweiler der 26jährige ledige Johann Schmid von Leimbach mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er sich bei Liebeshändeln selbst erschossen hat.

(S. B.) Stuttgart, 12. Okt. Vom Donnerstag an wird im Landestheater von Angehörigen des valaisarischen Auslands zu dem ordentlichen Eintrittspreis ein veränderlicher Zuschlag erhoben, der in der laufenden Woche 700 Prozent beträgt.

(S. B.) Kirchheim u. T., 13. Okt. Ein Lastkraftwagen ist mit dem Zug von Weilheim u. T. zusammengestoßen. Ein Begleiter wurde getötet, der Führer des Kraftwagens erlitt einen doppelten Beinbruch. Die Lokomotive ist entgleist und beschädigt, auch der Kraftwagen wurde stark demoliert. Der Verkehr nach Weilheim ist unterbrochen.

(S. B.) Abtsgmünd, 13. Okt. In der Mühle Scheufele bei Abtsgmünd wurde Selbstvergiftung, die schwarz mahlen ließen, häufig die Frucht samt Saft beschlagnahmt; die „Sünder“ warteten vergebens auf Strafe; Gerüchte verdächtigten die Kontrollbeamten und Landjäger. Nunmehr wurde, lt. „Zpf- und Jagztg.“ der strenge „Kontrollleur“ ermittelt und steht seiner Strafe entgegen; es ist der damalige Pächter der Mühle, Josef Frey von Abtsgmünd, der sich durch seine Handlungsweise die Schwarzmahler angeblich vom Hals halten wollte.

(S. B.) 2. und 3. Le...  
ständig...  
in einem 3...  
sehes, bei...  
zu wählend...  
einer Erläu...  
kannten Ges...  
Dr. Beißwä...  
den, bemän...  
Kultminster...  
ausschüttig...  
Reichsverfä...  
nig Rechnu...  
rungsrecht d...  
Kirchenaust...  
sammenbruc...  
Groberungen...  
fessor Dr. B...  
Kirche in...  
Kirche und...  
brauche bei...  
in der Ver...  
Befugnisse d...  
Reichsverfä...  
Amtsamtst...  
sichtigung d...  
gelich-demo...  
Kirche. Das...  
innere Selb...  
verständlich...  
freiwilligen...  
hebung des...  
auf die Erz...  
wesentlichen...  
sympathisch...  
v. Blume f...  
unterstehe...  
sich des St...  
Kirchenrecht...  
zwar zu ver...  
dürfe nicht...  
nannte den...  
mittel der...  
tive Einrich...  
gut und wi...  
der Kirche a...  
Kultminister...  
von den Be...

Im Hand...  
1. In der Ab...  
Marmor...  
Die Gesell...  
sämtlichen...  
sellschafte...  
2. In der Ab...  
merke Hir...  
Majer, Ka...  
Den 12. S...

Berm...  
schmerz...  
uniere...  
Am...  
im Alter...  
Krankh...  
Um f...

Beerd...

Dr. M...

Grö...  
womöglich...  
Handwerk...  
Angebote unter...  
Bestellen



## Württ. Landtag.

Beratung des Kirchengesetzes.

(S. B.) Stuttgart, 12. Okt. Der Landtag nahm in 2. und 3. Lesung das Gesetz über die Erweiterung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte an und erlebte sodann in einem Zuge die 1. Beratung des Kirchengesetzes, dessen 2. Beratung an einen 17gliedrigen, morgen zu wählenden Kirchenausschuß verwiesen wurde. Nach einer Erläuterung des nach Wortlaut und Begründung bekannten Gesetzes durch Staatspräsident Hieber erklärte sich Dr. Weiswänger (W.) mit den Grundlinien einverstanden, bemängelte aber die weitgehenden Befugnisse des Kultministeriums, die eine allzu weitgehende staatliche Aufsicht und Bevormundung bedeuten und der in der Reichsverfassung gewährleisteten Freiheit der Kirche zu wenig Rechnung trage. Heymann (Soz.) wollte das Besteuerungsrecht der Kirchen von einer Ermächtigung der Staatsleistungen abhängig machen und die Vorschriften über den Kirchenaustritt erleichtert wissen, sprach von einem Zusammenbruch des Gottesgnabentums und wollte den Kirchen Eroberungen verwehren. Namens des Zentrums gab Professor Dr. Baur dem Gefühl der Bedrücktheit der luth. Kirche in Württemberg Ausdruck. Die Trennung von Kirche und Staat sei nicht streng durchgeführt. Die Kirche brauche bei den Seminaren und Konvikten mehr Freiheit in der Verwaltung ohne Antastung der finanzrechtlichen Befugnisse des Staates. Redner vermehrte die durch die Reichsverfassung gewährte Freiheit in der Ausbildung und Umtauschung der Geistlichen und eine genügende Berücksichtigung der Verfassungsunterschiede zwischen der evangelisch-demokratischen und der katholisch-hierarchischen Kirche. Das Steuerrecht dürfe nicht zu Eingriffen in die innere Selbstverwaltung der Kirche benützt werden. Selbstverständlich könnten die charitativen Anstalten nicht aus freiwilligen Gaben allein versorgt werden. Mit der Aufhebung des Kirchenrats müsse auch der staatliche Einfluß auf die Erziehung des Klerus beseitigt werden. In seinen wesentlichen Bestimmungen sei der Entwurf dem Zentrum sympathisch. Letzterem stimmte der demokratische Redner v. Blume für seine Partei bei, betonte aber, die Kirche unterstehe als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Aufsicht des Staates nach dem allgemeinen Recht, von einem Kirchenrecht könne keine Rede mehr sein. Reibungen seien zwar zu vermeiden, aber das Besteuerungsrecht der Kirchen dürfe nicht zu weit ausgedehnt werden. Schneid (Komm.) nannte den Entwurf überflüssig, weil die Kirche ein Hilfsmittel der staatlichen Unterdrückung und eine unproduktive Einrichtung sei. Egelhaaf (W.) nannte das Gesetz gut und wies die Kommunisten auf die Riesenleistungen der Kirche auf kulturellem und sozialem Gebiet hin. Ministerialrat Meyding bestand darauf, daß der Einfluß des Kultministeriums gewahrt bleibe und verlangte Mäßigung von den Vertretern der Kirchen. Selbstverständlich müsse

ein namhafter Teil der Landeskirchensteuer für den bisherigen Aufwand zum Unterhalt der Kirchen aufgewendet werden. Dr. Fürst (W.) wies auf die Gegensätze zwischen positivem Christentum und Sozialismus hin, was den Widerspruch von Blume (Dem.) und Heymann (Soz.) hervorrief. Morgen 9 Uhr: Reichsfielungs-gesetz, Zeitungsdatelien und Gemeindefaßrecht.

(S. B.) Stuttgart, 13. Okt. Die demokratischen Abgeordneten Hausmann, Löhner, Ehn und Scheef haben im Landtag folgende Kleine Anfrage gestellt: Die Notstände in weiten Bevölkerungsteilen wachsen täglich; trotzdem einzelne Städte und Gemeinden zur Linderung bereits erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt haben, können diese allein ohne Staatsbeihilfe nicht auskommen. Ist die Staatsregierung bereit, zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Bevölkerung nach dem Vorgang Preußens, das einen Beitrag von 600 Millionen Mark und Bayerns, das 200 Millionen Mark für ähnliche Zwecke zur Verfügung stellt, den württ. Städten und Gemeinden einen Beitrag in Höhe von 100 Millionen Mark hierfür zur Verfügung zu stellen?

(S. B.) Stuttgart, 13. Okt. Die Abgg. Bod und Gen. haben folgende Große Anfrage eingebracht: Die fortgesetzt anhaltende, in den letzten Wochen in rasender Schnelligkeit sich vollziehende Entwertung der Mark ist eine der tiefsten Ursachen unseres wirtschaftlichen und sonstigen Elends, insbesondere auch der herrschenden Verschwendungssucht und des Mangels an Sparfönn. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung Maßnahmen zu beantragen, die geeignet sind, Abhilfe zu schaffen?

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht wieder auf 2700 M., der Schweizer Franken auf 502 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. B.) Stuttgart, 12. Okt. Der Effektenmarkt lag heute gut befestigt, die plötzliche Veränderung am Devisenmarkt blieb am Aktienmarkt wirkungslos. Renten waren wenig verändert: Rentenbank + 10 % (770), Vereinsbank + 2 % (272), Bankanstalt und Hypothekbank unverändert (205 bzw. 160). Brauereieff unverändert: Brauhaus Ravensburg, Kettenmayer-Tirol und Hohenzollern unverändert, Eßlinger + 2 % (272), Wulle + 5 % (430). Textilwerte waren teils leicht gedrückt, teils behauptet. Erlanger - 2 % (1300), Rammg. Vietigheim - 10 % (2390), Kofu u. Schüle - 25 % (2100), Kott - 90 % (1400), Baumw. Anken + 80 % (1700), Württ. Leinen + 80 % (1400), Maschinen- und Metallwerte lagen uneinheitlich: Eßlinger + 40 % (1300), Hefter - 20 % (840), Weingarten + 40 % (1100), Neckarsulmer - 20 % (880), Daimler - 20 % (555), Feinmeh. Tuttlingsen + 50 % (2450). Die übrigen Werte zeigten steigende Tendenz: Bab. Amilin + 71 % (1970), Hohner + 149 % (1450), Cement Heidelberg + 55 % (1400), Köln-Rottw. + 55 %

(1235), Salz Heßbrunn - 25 % (2275), Ziegelwerke Ludwigsburg - 40 % (990). Der Freiverkehr konnte sich im großen Ganzen behaupten.

## Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 13. Okt. Dem Mostmarkt auf dem Wilhelmplatz waren 3000 Zentner zugeführt. Der Preis betrug für den Zentner 300-400 M. Der Fülldecktraumarkt auf dem Charloitenplatz war mit 600 Stück befahren. Der Zentner kostete 350 M.

(S. B.) Wangen i. N., 13. Okt. (Obstmarkt.) Bei sehr reichlicher Zufuhr galten Tafel-(Wirtschafts-)Äpfel 3,50-4,50 M., Birnen 4-4,50 M. per Pfund, Mostäpfel 200-250 M. per Zentner. Eingeladen wurden Birnen zu 150 M., Äpfel zu 200 M. Der Handel war langsam, da fremde Händler fehlten.

(S. B.) Tübingen, 12. Okt. (Holzpreise.) Es kosteten: Buchen ab Wald der Raummeter 4500 M., der Ztr. gesägt und gepalten ab Lager 420 M., Tannen ab Wald der Raummeter 3000 M. und der Zentner gesägt und gepalten ab Lager 420 M., Bündelholz 42 M.

(S. B.) Widdingen, N. Horb, 12. Okt. Gestern wurde die Schafweide verpachtet und ein Preis von 301 000 M. erzielt. Pächter ist Haas auf Gut Hohenlarpfen bei Spaichingen. Fast ein Dutzend Schafhalter hatten sich am Steigern beteiligt.

(S. B.) Eßlingen, 13. Okt. Die allgemeine Weinlese beginnt im Stadtbezirk Eßlingen am Montag, den 16. Oktober. Der Gesamtertrag wird auf 4000 Hektoliter (im Vorjahr 2650 Hektoliter) geschätzt, also heuer bedeutend mehr. Bei sorgfältiger Lese wird ein guter Wein erwartet.

(S. B.) Borchhimmern, N. Mergentheim, 12. Okt. Bei der Versteigerung des Traubenertrags des Pfarrweinbergs wurden 67 000 M. erzielt, während der Stiftungsweinberg 61 000 M. erbrachte. Der Ertrag wird bei dem Pfarrweinberg auf etwa 5 Eimer geschätzt, beim Stiftungsweinberg dürfte er etwas niedriger anzunehmen sein.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wiesen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der W. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

## Reklameteil.

Die größte Auswahl in Kinderwagen, Klapp-Sportwagen in einfach bis hochsein. Kindermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei Wilhelm Broß, Pforzheim, Ecke Ferrennerstraße und Baumstraße.



BRENNABOR

## Amtsgericht Calw.

In Handelsregister wurde heute eingetragen:

- In der Abteilung für Gesellschaften: Bei der Firma Marmorwerke Hirsau Majer & Walker in Hirsau: Die Gesellschaft hat sich aufgelöst, das Geschäft ist mit sämtlichen Aktiven und Verbindlichkeiten auf den Gesellschafter Emil Majer übergegangen.
- In der Abteilung für Einzelnen: die Firma Marmorwerke Hirsau Emil Majer in Hirsau; Inhaber: Emil Majer, Kaufmann in Hirsau.

Den 12. Oktober 1922.

Obersekretär Dürr.

Calw, 13. Oktober 1922.

## Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Anna Beathalter,** geb. Müller

im Alter von 41 Jahren nach langer, schwerer Krankheit sanft im Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

der trauernde Gatte:  
**Ferdinand Beathalter**  
mit seinen Kindern.

Beerdigung Sonntag nachmittags 4 Uhr.

**Dr. Mezger ist zurück.**

**Größeres Anwesen**

womöglich mit kleinem Hofraum, für Handwerker geeignet, zu kaufen gesucht. Angebote unter N. E. 240 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

90-100 000 Mk.  
gegen 10 % Zins u.  
3 facher Sicherheit  
auf Schuldschein  
per sofort gesucht.  
Vermittler verbeten.  
Angeb. u. R. B. 240  
an die Gesch. ds. Bl.

**Haararbeiten**  
aller Art fertigt  
Freiheur Odermatt.

Älteres, tüchtiges  
**Mädchen,**  
das gut bürgerlich kochen  
kann bei bestem Lohn zu  
zwei erwachsen. Personen  
gesucht.  
Frau Burger,  
Liebenzell.

Zu baldmög. Eintritt suche  
ich ein fleißiges, ordentliches  
**Dienst-**  
**Mädchen**

gesetzten Alters, das schon  
gedient hat und etwas Land-  
wirtschaft versteht, bei hohem  
Lohn.  
Frau Fabrikant E. Ott,  
Durlacherstraße 22,  
Pforzheim.

**Hühner!**

Eine Anzahl  
schwarze Italiener  
1921 und 1922  
zu verkaufen.  
Eisenb.-Sekretär Schalte,  
beim Postamt.

# Elektro-Motore

von 1/10 bis 50 PS. fabriken, Kupferwicklung, Fabrikat Himmel oder  
Maschinenfabrik Eßlingen, sofort lieferbar

**Kurz & Benz, G. m. b. H., Zweigbüro Calw.**  
Sernsprecher Nr. 57.

**Spar- und Vorschussbank Calw,** eingetragene Genossenschaft m. b. H.  
erledigt gewissenhaft und zu günstigen Bedingungen sämtliche bankgeschäftlichen Angelegenheiten, so die  
Verzinsung von Bareinlagen. - Annahme von Spargeldern zu 4%. - An- und Verkauf von Wert-  
papieren. - Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.  
Vermietung von Schrankfächern in neuerhafter Stahlkammer. - Geldwechsel.

**Klavier- und Harmoniumstimmer**  
kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für den-  
selben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder  
bei uns selbst niederlegen.  
Musikhaus Sattler, Pforzheim,  
Abt.: Pianos u. Stimmintitut, Tel. 1210 u. 7821.

## Zirka 10 Erdarbeiter

zum Ausgraben des alten Wasserwerks  
der Gemeinde Altbulach zum sofortigen  
Eintritt gesucht, eventl. Akkordvergebung.  
Gustav Kohler, Maschinen-Fabrik, Altmühle  
Calw.

Auf 1. November wird ein  
tüchtiges und fleißiges  
**Küchen-**  
**Mädchen**

bei hohem Lohn gesucht.  
Hotel Waldhorn.

**Zinkbadewanne**  
mit Badeofen (Holz- und  
Kohlenfeuerung) nebst Zu-  
behörden zu verkaufen.  
Näheres durch die Ge-  
schäftsst. ds. Bl. zu erfahren.

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland

**Werbedrucksachen**  
in vorbildlicher Anordnung und  
bester neuzeitlicher Ausstattung

A. Döschlagersche Buchdruckerei  
Sernsprecher 9 Calw Lederstr. 151.



**Lichtspieltheater Badischer Hof.**

Morgen Sonntag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr

**Der müde Tod!**

Ein Volkslied in 6 Versen.

I. Vers: Es liegt ein Städtchen irgendwo  
Im Tale traumversunken  
Dreien zogen liebestrunken  
Zwei Menschen, jung und lebensfroh,  
Doch von den Bäumen allen  
Die goldnen Blätter fallen  
Wie Träume dicht in Abendrot. —  
Am Kreuzweg, wo schon viel geschah,  
Steht ihrer wartend, schweigend da  
Der Tod — — — usw.

**Fußball-Abtlg. Liebenzell.**

Am Kirchweih-Sonntag und Montag

findet

im Gasthof zum „Abler“

anlässlich der Herbstfeier

**große Tanz-  
unterhaltung**



statt, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.  
Beginn 8 Uhr. Der Ausschuss.

NB. Neuen Elmendinger,  
Nesteluppe, Kirchweihkuchen.

**Radfahrerverein Ottenbronn**

hält am

Kirchweih-Sonntag ein



**Tanzvergnügen**  
im Gasthaus z. „Abler“

Sportsfreunde und Gönner sind herzlich eingeladen.  
Der Ausschuss.

**Radfahrerverein Monstam**

macht

am Kirchweih-Sonntag

einen



**Tanz-Ausflug**  
nach Unterhaugstett

i. d. Gasthaus z. Hirsch,  
wozu Freunde und Gönner des Vereins herzlich ein-  
geladen sind. Erstklassige Streichmusik.

**Anton Müller, Calw**

vormalis Conzelmann. — Untere Marktstr. 71

**Kupferschmiede**  
**Apparatebau u. Verzinnerei**

empfehlte sich zur

Anfertigung von Brennkesseln  
Waschkesseln, Wasserschiffen  
und Hotelgeschirr.

**Felle**

Zahle enorme Preise für Felle all. Art.  
Stallhasenfelle nach Größe bis 150 Mark u. mehr.  
Legen Sie mir Ihre Felle vor. — Adresse auskneiden.

E. Maischhofer, Forzheim,  
Tierpräparation. Lindenstraße 52.

**Wildberg.**

**Wirtschafts-Eröffnung  
und -Empfehlung.**

Mache einer verehrlichen Einwohnerschaft von  
hier und Umgebung, insbesondere auch meiner werten  
Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich den

**Gasthof zum Schwarzwald**

übernommen habe und am  
Sonntag, 15. Oktober, eröffnen werde.

Sch werde bemüht sein, meine werten Gäste  
aufs beste zu bedienen.

Guter, kräftiger Mittagstisch!  
Gute Küche! —:— Kühle Weine!

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein  
Hochachtungsvoll

**Adam Götz, Koch.**

Sonntag und Montag

hochfeine Mezel-Suppe bei

Kirchweih-Sonntag: **Tanz.**

**Elektro-Motor-Reparaturen**

jeder Art, wie Neuherstellungen von Lagern, Neuwickeln von Elektromotoren  
u. Umwicklungen von Aluminium- in Kupfermotoren, werden schnell u.  
pünktlich bei billigster Berechnung und unter Garantie ausgeführt von

**Friedrich Duss, Elektromechanische Werkstätte**  
Fernsprecher Nr. 8. **Neubulach** Fernsprecher Nr. 8.

Gleichzeitig empfehle ich mich noch zur Lieferung von:

**Motoren, Glühlampen, Beleuchtungs-  
körpern, Sicherungen, elekt. Bügeleisen,  
Koch- u. Heizapparaten usw.**

**Wir gewähren**

in laufender Rechnung . . . . .	3 1/2 % Zinsen
auf Spareinlage . . . . .	4 % Zinsen
bei vierteljährlicher Kündigung bis zu Mk. 10 000.— . . . . .	4 1/2 % Zinsen
über Mk. 10 000.— . . . . .	4 3/4 % Zinsen
bei halbjährlicher Kündigung von Mk. 10 000.— aufwärts . . . . .	5 % Zinsen.

Größere Beträge werden bei längerer Kündigungsfrist noch höher verzinst.

Zeichnungen auf die **Zwangsanleihe**

werden von uns zu den ausgeschriebenen Bedingungen entgegengenommen.

**Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe**  
in Calw, e. G. m. b. H.



**Wir wissen Rat**

Wie wir Ihre Rückgratver-  
krümmung ohne Berufs-  
störung bessern und ev.  
heilen, zeigt unser Buch  
mit 50 Abbildungen. Sen-  
den Sie uns 20 Mk. oder  
fordern Sie es d. Nachn.  
Franz Menzel  
Stuttgart z. Hegelstr. 41.



erhältl. bei: Alte Apo-  
theke F. E. Reichmann.  
Liebenzell:  
Apotheker Mohl.  
Leinach: Apotheke.

Ein noch guterhaltenes



**Fahrrad**

verkauft  
Ulrich Holzäpfel,  
Ottenbronn.

**Wein-Fässer**

230 und 650 Liter  
gebr. u. neu wieder lieferbar  
H. Schmalzriedt, Wein-  
handlung, Dizingen,  
bei Stuttgart.

**Bezirkswirts-  
verein Calw.**

Am Montag, 16. Okt  
nachmittags 3 1/2 Uhr

**Versammlung**

bei Kollege Bäckermeister  
Pfrommer am ob. Ledereck.  
Wegen sehr wichtiger Tages-  
ordnung ist vollzähliges Er-  
scheinen dringend notwendig.  
Der Ausschuss.

Hiedurch zeige ich an,  
daß ich meine

**Praxis  
als Anwalt**  
wieder aufgenommen  
habe.

**H. Fink,**  
Rechtsanwalt  
im Gasthaus z. „Ochsen.“

**S. P. D.** Samstag,  
abends 8 Uhr, bei Bäcker  
Kochher: Besprech. weg.  
Gemeinderatswahl.

Eugen Braun, Schuhmann

Paula Braun, geb. Mack

Vermählte.

Hans Bauer

Klara Bauer, geb. Reich

Vermählte

Duisburg

Bad Liebenzell

Oktober 1922.

Am Kirchweihmontag, den 16. Okt.  
im Gasthof z. „Fatz“ in Bad Liebenzell



**Tanz-  
Unterhaltung**

bei Vöckbraten und Sauerkraut,  
prima süßen Wein und süßen Most,  
wozu höflichst einladet

Wilhelm Eberhard mit Frau.

Anfang 3 Uhr. Gute Streichmusik.

**Altburg. Gasthaus z. „Sonne“**

Am Kirchweih-Sonntag



**Tanz-  
Unterhaltung**

bei gutbelegter Streich-Musik.  
Hausgemachte Würste,  
reelle alte und neue Weine.

Es ladet höflichst ein

Christian Kober.

**Oberreichenbach.**

Am Kirchweihsonntag

findet

im Gasthaus z. Löwen

**Tanz-Unterhaltung**

statt, wozu freundlichst einladet

R. Kusterer.

**Geschäftseröffnung u. Empfehlung.**

Einer geehrten Einwohnerschaft von hier und  
Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich meine

**neueingebaute Mühle**  
in Betrieb habe

und halte mich bestens empfohlen.

**Hans Wentsch, Leinacher Mühle.**

Ebendasselbst kann

tücht. jüng. Fahrknecht sofort eintreten.

Rüschle, **Leinacher Mühle**  
im Rosenthal

**Zuckerrunkeln,  
bestes Pferdefutter,**

Erfolg für teuren Hafer, liefert in Waggon-  
ladungen zum Tagespreis

**Johs. Horich, Rüdckmühl (Witbg.)**

Landesproduktengroßhandlung,  
Fernsprecher Nr. 17 und 42.

Im Rathenau  
Angeklagten  
die Tatfache

In Berlin san  
von komm

Die Reparatur  
Lage im Dre  
lische Vors  
tionsbarzah  
entschieden  
nur im Ju  
der französi  
und die etn  
nur unter d  
schen Augen  
haushalts,  
Anleihen, u  
weiter gesch

Der Gesofe d  
gegen die C  
an die Türl  
nahme nähe  
gen des nach  
nen die Vol  
Frankreich a  
neuen Wied  
unter dem J  
zöfischen Na  
die Jansenes  
beweifeln, i  
büchtnis hal  
fung der Bo

Die neuen  
Paris, 14.  
schen Vorschl  
thou erst am  
tion in der üb  
Blatt schreibt  
Grundfah aus  
gen zu sanier  
schränkung de  
durch die Kot  
des Budgets.

Paris, 14.  
öffentlich ein  
unterbreiteten  
und zur Stabi  
folgende Vors  
den äußeren A  
lasten, eventue  
Deutschland die  
Markkurs zu st  
Reichsbank ern  
von einer gem  
taufen. Die R  
Sich nach Berli

Franköfisch  
Paris, 15.  
Plan Brabbur  
der deutschen F  
mülig, wenn ni  
die seine Unan  
faßt das „Eho  
zusammen: 1. F  
der finanziellen  
sei. 2. Er zeist  
zu empfangen  
3. Mit Hilfe d  
Markt zu stabili  
nachdem man d  
wieder hergestel  
in Papiermarkt